

Von der Entwicklungshilfe zum solidarischen Handeln

Das vorliegende Dossier über Luxemburgs Kooperationspolitik mit den ärmeren Ländern der Welt hat eine überraschende Entwicklung erfahren. Geplant war es seit Monaten, um im Sommerloch einige historische und fundamentalere Überlegungen zur Kooperationspolitik anzustellen anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Action solidarité tiers monde (ASTM), mit der die *forum*-Gründer von Anfang an sehr freundschaftliche Beziehungen unterhielten, und der 30 Jahre des Cercle de coopération des ONG de développement au Luxembourg a.s.b.l. Doch dann bescherte die sicher mit Fehlern behaftete Studie von Rainer Falk zur fehlenden Kohärenz zwischen der staatlichen Entwicklungshilfe und der Finanzplatzpolitik dem Thema eine öffentliche Debatte, wie wir sie in den letzten 40 Jahren nicht erlebt haben. Dass die Luxemburger Kooperationspolitik endlich einmal öffentlich debattiert wird, ist trotz aller Unzulänglichkeiten der genannten Studie sicher ein Geschenk, über das die beiden Geburtstagskinder sich freuen dürften. Unserem Dossier brachte die heftige Diskussion eine unerwartete Aktualität.

Die Entwicklungspolitik war dieser Zeitschrift ab dem ersten Heft ein Hauptanliegen. Für *forum*, das im selben katholischen Milieu wie die sich damals noch Action formation de cadres (AFC) nennende ASTM entstanden war, war die Dritte-Welt-Thematik bereits in den 1970er Jahren ein Dauerthema: einerseits wurde eine substanzielle Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe gefordert, andererseits vor den Gefahren einer rein finanziellen Entwicklungs-

hilfe gewarnt, die gerne dazu herhalten konnte, als Feigenblatt für die fortführende wirtschaftliche Ausbeutung der Dritten Welt zu dienen, und somit zum Misserfolg verdammt war. Gerade im katholischen Milieu war es durchaus üblich, sich mit Spenden für Missionare ein gutes Gewissen zu kaufen. Daran änderte sich nicht allzu viel, als die Missionare durch Entwicklungshelfer ersetzt wurden. Doch alleine schon dieser Begriff verrät den paternalistischen, eurozentrischen Ansatz: Es galt den armen Ländern der Dritten Welt dazu zu verhelfen, das okzidentale Entwicklungsniveau zu erreichen.

Nicht zufällig hat sich die AFC in ASTM umbenannt und den Solidaritätsbegriff in ihren Namen aufgenommen. Auch die Regierung spricht nicht mehr von ‚aide au développement‘ sondern von ‚coopération‘. Auf diese Entwicklungen der vergangenen 40 Jahre blicken wir im Interview mit ASTM-Präsident Richard Graf zurück. Und doch hat man angesichts der jüngsten Debatte um den Finanzplatz und insbesondere nach den Äußerungen des Premierministers in seiner Regierungserklärung vom 29. Juli 2009 (siehe Kasten S. 18) den Eindruck, dass sich nicht viel an den Mentalitäten geändert hat. Die mittlerweile auf fast

© Jim Urbain





1% des nationalen Einkommens erhöhte staatliche Entwicklungshilfe soll offenbar die vom Finanzplatz gespielte Rolle bei der Hortung von Gewinntransfers aus der Dritten Welt und von an dortigen Steuerämtern vorbeigeschmuggelten Kapitalien verdecken helfen. Die nervösen Reaktionen auf Regierungs-

Bankerseite verraten eher, dass der Autor wohl in eine offene Wunde gestochen hat. In unseren Augen behalten die in der Falk-Studie herausgearbeiteten und vom Cercle de coopération übernommenen Forderungen durchaus ihre Gültigkeit, auch wenn sie möglicherweise auf falschen Zahlen beruhen.

Ee wichtegen Deel vum Knäppe vun eise Relatioune mat der Welt ass d'Entwécklungshëllef. D'Regierung huet d'Absicht, den Niveau vun der Lëtzeburger Entwécklungspolitik op engem Prozent vum nationalen Akommes ze halen. Den entwécklungspoliteschen Effort vu Lëtzebuerg geet virun. Nohaltegkeet ass net nëmmen en interne Politikprozess. Och eist Wierken an der Welt muss vun de Prinzipie vun der Nohaltegkeet geprägt sinn. Mir sinn eent vun deene Länner, déi den héchste Kooperatiounsbudget hunn. Mir wäerten et net zouloossen, dass dës kollektiven nationalen Effort dekedibiliséiert gëtt duerch Etuden, primitiv a primär Etuden, déi ausgerechent vun de Lëtzeburger Entwécklungs-ONG'ën initiéiert gi sinn. Wéi soll een d'Lëtzeburger dervun iwwerzeegen, ee Prozent vum nationale Räichum zu entwécklungspoliteschen Zwecker zur Verfügung ze stellen, wéi soll een d'Lëtzeburger dervun iwwerzeegt kréien, dass et richteg ass, dass se och individuell hire Beitrag zur Entwécklung vun der Welt bäidroen, wa mer vun deenen, déi sech quasi professionnell ëm d'Entwécklungshëllef bekëmmere, gesot kréien, eisen Effort wir onmoralesch, well mer via eis Finanzplatz déi Drëtt Welt géifen ausbeuten. D'ONG'ë sollen den entwécklungspoliteschen Elan vum Land ënnerstëtze, statt en ze briechen an den an der Substanz ze kontestéieren.

Aus der Regierungserklärung von Jean-Claude Juncker (29.7.2009)

Doch die fehlende Kohärenz zwischen Kooperationspolitik und Finanzplatz ist nicht die einzige, die hinterfragt werden muss. Schon viel länger steht die mangelhafte Kohärenz zwischen einerseits Agrar- und Handelspolitik und andererseits Kooperationspolitik insbesondere auf europäischer Ebene im Kreuzfeuer der Kritik. Dazu äußert sich in dieser Ausgabe Jean Feyder, der von 1998-2005 directeur de la Coopération au développement war, bevor ihn Jean-Louis Schiltz nach Genf abgeschoben hat. Marc Keup, hauptamtlicher Mitarbeiter bei der ASTM, weist die Widersprüche der europäischen Handelspolitik gegenüber Westafrika auf. ASTM-Mitarbeiter Dietmar Mirkes zeigt auf, wie Luxemburgs intensiver Handel mit CO₂-Emissionsrechten weder der Klimaschutzpolitik dient, noch in den ärmeren Ländern eine nachhaltige Entwicklung fördert. Ob in all diesen Belangen unter der neuen Entwicklungsministerin Marie-Josée Jacobs Fortschritte zu erwarten sind, versuchen wir im Interview mit ihr herauszufinden. Harlan Koff und Carmen Maganda, Politikwissenschaftler an der Universität Luxemburg, beleuchten den Beitrag, den eine wissenschaftliche Begleitforschung zur Optimierung der Kooperationspolitik leisten könnte.

Für Raymond Weber, lange Zeit Direktor bei UNESCO und OECD und ehemaliger Leiter von Lux-Development, besteht ein Lösungsweg darin, der kulturellen Dimension Vorrang in der Kooperationspolitik einzuräumen, wenn diese zu einer solidarischen Politik weltweiter Nachhaltigkeit führen soll. Was in den Beiträgen von Mirkes und Weber schon anklängt, bringt der Wirtschaftswissenschaftler Guy Schuller auf den Punkt: Es geht in Sachen Entwicklungspolitik letztlich um die Frage, welche Gesamtpolitik wir in Zukunft eigentlich verfolgen müssen, um die Grenzen des Wachstums zu respektieren und trotzdem 6 Milliarden Menschen eine Lebenschance zu gewähren. Insofern sind wir Reichen zum fundamentalen Umdenken und solidarischen Handeln gezwungen, wenn wir nicht nur die Zukunft der ärmeren Zweidrittel der Menschheit, sondern auch unsere eigene sichern wollen. Mike Mathias zieht daraus etliche konkrete politische Forderungen, die von den den NGOs in die Debatte gebracht werden müssen. ♦